

# Eine Ost-West-Spaltung in der EU?

## Perspektiven von Franziska Brantner und Gergely Gulyás

- Franziska Brantner argumentiert, dass Europa nicht zwischen Ost und West gespalten sei. Sie plädiert dafür, den Rechtsstaat zu sichern und die europäische Demokratie wehrhaft zu machen.
- Gergely Gulyás findet, dass EU-Mitgliedsstaaten sich daran gewöhnen müssen, dass Länder unterschiedliche Meinungen haben. Ungarn spiele in der Wertedebatte eine größere Rolle, als auf den ersten Blick erkennbar sei.
- Die vorliegenden Beiträge zum Fokusthema »Der Wert Europas« basieren auf den Sitzungen des 170. Bergedorfer Gesprächskreises in Budapest, der sich dem Thema »Eine gesplante Union? Kompromissfindung nach einem Jahrzehnt der Krisen« im März 2019 widmete.



Foto: Florian Freundt

Franziska Brantner

## Nicht Ost gegen West Europas tiefste Spaltung ist keine geographische

Die Europäische Union wurde in letzter Zeit für ihr Zusammenstehen gelobt – beim Brexit. Doch im politischen Alltag sind Spannungen spürbar und Blocka-

den sichtbar. Schwierige Kompromissfindungen gehören zur DNA der EU und durch die Osterweiterung ist die EU nicht nur größer, sondern auch vielfältiger geworden. Doch der Riss, der gerade durch Europa geht, und der die regionalen Unterschiede und Konflikte überlagert, ist ein anderer. Es ist der Riss zwischen den Befürwortern einer illiberalen Demokratie und anti-europäischen Nationalisten auf der einen Seite und den europäischen Demokraten auf der anderen.

Dieser Konflikt ist dafür verantwortlich, dass sich der Ton in Europa verschärft hat. Statt darüber zu diskutieren, wie es weitergeht mit der europäischen Integration, wird die Sinnhaftigkeit des europäischen Projektes als solches in Frage gestellt und der Nationalismus, der Europa schon mehrmals ins Verderben geführt hat, als Alternative verkauft. Ob nun in Österreich die Pressefreiheit beschränkt wird oder in Ungarn, ob Boris Johnson gegen die EU pestet oder Salvini, in vielen Ländern der EU haben Rechtspopulisten Einfluss auf die Politik der EU – und sie nutzen ihn nicht im Interesse der europäischen Demokratie.

Dabei hilft es einigen von ihnen, sich als Vertreter einer ganzen Region zu stilisieren, die sie am Ende des Tages gar nicht sind. Sie beschwören eine Spaltung herauf, die es so nicht gibt. Es gewinnen ja auch wieder progressive Kräfte Wahlen, wie kürzlich in der Slowakei.

Natürlich gibt es spezifische Interessen aus der Region der osteuropäischen, südosteuropäischen und baltischen Länder, und die müssen wir besser wahrnehmen. Beispiele gibt es genügend: Wenn Deutschland das Gaspipelineprojekt mit Gazprom gegen den Willen der osteuropäischen und baltischen Staaten durchdrückt, dann ist das ein eklatanter Mangel an Solidarität.

### »Wir müssen spezifische Interessen aus osteuropäischen, südosteuropäischen und baltischen Ländern besser wahrnehmen.«

Wenn osteuropäische Fachkräfte zunehmend in den Westen abwandern und zuhause fehlen, dann funktioniert die Freizügigkeit nicht richtig. Wenn im europäischen Binnenmarkt das gleiche Produkt in osteuropäischen Ländern mit schlechterer Qualität verkauft wird als in westeuropäischen Ländern, dann ist das eine nicht hinnehmbare Diskriminierung. Wenn Tschechien im Kampf mit Huawei und China um Hilfe bittet und kaum jemand hinhört, dann führt dies zu Recht zu Irritationen. Dass dadurch gerade bei den kleineren Ländern im Osten der Eindruck entsteht, die EU reagiere nur, wenn man wie Orbán schreit, ist gefährlich für den europäischen Zusammenhalt.

Es darf in der EU nicht darum gehen, wer am lautesten schreit, sondern darum, ob die Interessen, die eingebracht werden, berechtigt sind – und ob sie mit den Grundsätzen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vereinbar sind. Das Bewusstsein für und die Anerkennung von spezifischen Interessen müssen gestärkt werden. Das ist wichtig, um eine wirkliche Spaltung zwischen Ost und West zu verhindern.

### »In der EU darf es nicht darum gehen, wer am lautesten schreit, sondern ob eingebrachte Interessen berechtigt sind.«

Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass der Rechtsstaat nirgends unterminiert wird. Die europäische Demokratie muss wehrhaft sein. Deshalb braucht es eine europäische Rechtsstaatskommission, die überall in der EU regelmäßig überprüft, ob die Mitglieds-

länder sich an die Prinzipien des Rechtsstaates und der Demokratie halten. In dieser Rechtsstaatskommission sollten von allen nationalen Parlamenten ernannte Verfassungsexperten sitzen, die gemeinsame Kriterien für die Überprüfung entwickeln. Im Falle von Rechtsstaatsmängeln sollte es Sanktionsmöglichkeiten geben, die betroffene Regierung sollte dann nicht mehr über die Vergabe von EU-Geldern entscheiden dürfen, sondern eine unabhängige Stelle. Durch die allgemeine und regelmäßige Überprüfung kann das Argument entkräftet werden, es ginge nur um die osteuropäischen Länder. Dieses Argument kann dann nicht mehr missbraucht werden, um Angriffe auf die Demokratie zu rechtfertigen.

### »Die europäische Demokratie muss wehrhaft sein.«

Wir müssen die EU gemeinsam besser machen, weil wir in der Welt mehr erreichen können, wenn wir gemeinsam handeln. Oder anders gesagt: Es gibt in der EU zwei Arten von Mitgliedsstaaten – die kleinen und die, die noch nicht verstanden haben, dass sie klein sind. Die Bundesregierung scheint das noch nicht wirklich verstanden zu haben. Zu oft setzt sie eigene kurzfristige Interessen durch, ohne dabei den Schaden für das europäische Projekt und damit auch für Deutschland zu berücksichtigen. Das zeugt von fehlender Weitsicht – und gerade die brauchen wir in Europa heute mehr denn je.



Gergely Gulyás

## Hört Mitteleuropa zu EU-Mitgliedsstaaten müssen Pluralismus aushalten

Aus ungarischer Sicht stelle ich die hauptsächlichen Beweggründe der politischen Debatten dar, die seit Jahren im Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses in Europa stehen und in denen Ungarn eine größere Rolle spielt, als es angesichts seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts zu erwarten wäre. Meiner Meinung nach ist die Öffentlichkeit in den alten EU-Mitgliedsstaaten immer weniger bereit zu verstehen, was in Mitteleuropa geschieht. Sie akzeptieren nicht, dass es neben unseren gemeinsamen Werten gesellschaftliche Unterschiede gibt, die sich auch in der politischen Meinungsbildung manifestieren. Es ist in Mode gekommen, diese Unterschiede als Antieuropäismus zu interpretieren, obwohl in den mitteleuropäischen Ländern und insbesondere in Ungarn die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft deutlich höher ist als in den meisten alten Mitgliedsstaaten.

»Die Öffentlichkeit der alten EU-Mitgliedsstaaten akzeptiert nicht, dass es neben gemeinsamen Werten gesellschaftliche Unterschiede gibt.«

Ob während der osmanischen Eroberung im Mittelalter oder der kommunistischen Besatzung im 20. Jahrhundert: Ungarn konnte nur durch Gewalt und Repression von Europa getrennt werden. Daher bedeutete der EU-Beitritt für die ungarische Bevölkerung weit mehr, als ohne Reisepass nach Deutschland reisen zu können oder Arbeit im Vereinigten Königreich zu bekommen. Für uns war die Union ein Symbol für das Ende des Sozialismus und auch dafür, dass Ungarn endlich wie-

der zu der Gemeinschaft gehören konnte, für die uns unser historischer und kultureller Hintergrund schon immer prädestiniert hat. Dementsprechend zeigt jede Umfrage eindeutig, dass eine überwiegende Mehrheit der ungarischen Wähler niemals für eine EU-feindliche Partei stimmen würde. Wenn wir also akzeptieren, dass sich die ungarische Bevölkerung und die politische Führung Ungarns für Europa engagieren, dann können wir einsehen, dass die Beweggründe der aktuellen Konflikte woanders gesucht werden müssen.

»Toleranz statt Intoleranz, Verständnis statt Ausgrenzung und Dialog statt Abschottung gegenüber den Visegrád-Ländern.«

Vor 30 Jahren gab es in Berlin eine Mauer, die Freiheit von Unterdrückung, Demokratie von Diktatur, Deutschland von Deutschland trennte. Heute können unsere Völker in »Einigkeit und Recht und Freiheit« als Mitglieder der Europäischen Union leben. Wenn jedoch ein Prophet dies alles hätte vorhersagen können, hätte er sicherlich ausgeschlossen, dass diese außergewöhnliche Gnade nicht zu Harmonie, Dankbarkeit und Verständnis führen würde. Beim Regimewechsel dachten wir, wir seien anders, und wir waren überrascht, wie viele Gemeinsamkeiten wir teilten. Als wir der EU beigetreten sind, dachten wir, wir wären gleich, und jetzt sind wir überrascht, wie anders wir sind. Die sich in den Werten unserer Gesellschaften zeigenden Unterschiede führen zu unbegründeten Anschuldigungen. Im deutschen öffentlichen Leben ist es üblich geworden, die demokratisch gewählten Staatschefs der Visegrád-Länder zu beleidigen und sie als Autokraten zu bezeichnen. Unter ihnen auch diejenige, die während einer Diktatur heldenhaft für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gekämpft haben, durch diejenigen, die noch nie in einer Diktatur gelebt haben. Gegenüber den Visegrád-Ländern wären Toleranz statt Intoleranz, Verständnis statt Ausgrenzung und Dialog statt Abschottung erforderlich. Wir möchten den Bürgern das Recht auf freie Meinungsäußerung anstatt politischer Korrektheit geben. Wer die Europäische Kommission oder eine andere Institution der Gemeinschaft kritisiert, ist noch lange kein Feind der Europäischen Union. Kritik könnte begründet sein, wenn eine Gemeinschaft von 28 Mitgliedsstaaten in den letzten fünf Jahren ihr zweitstärkstes Mitglied verloren hat und ihre Grenzschutzverpflichtung bei der Bewältigung der Migrationskrise im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit

nicht durchsetzen konnte. Wer das nicht zur Sprache bringt, wer vorgibt, dies wäre kein gemeinsamer Verlust, hilft der Europäischen Union nicht, sondern macht es unmöglich, die Richtung zu ändern, was für die Erhaltung der Attraktivität der Europäischen Union notwendig wäre.

## »Die Richtung zu ändern, wäre für den Erhalt und die Attraktivität der Europäischen Union notwendig.«

Freiheit bedeutet für die Ungarn auch Identität. Das Land wurde so lang von fremden Mächten unterdrückt, dass Patriotismus und Freiheit für uns voneinander untrennbar sind. Die Mehrheit der Ungarn sieht daher bei Masseneinwanderung die Gefahr des Identitätsverlustes, die auch durch westeuropäische Beispiele belegt ist. Der langfristige Erfolg der europäischen Zusammenarbeit hängt von unserer Fähigkeit ab, die Themen, auf die wir uns einigen müssen, und die Verpflichtungen, die alle von uns erfüllt werden müssen, klar zu identifizieren. Beispielsweise das Einhalten der Verpflichtung zum Außengrenzschutz, was für die Aufrechterhaltung des Schengen-Raums unerlässlich ist oder die Werte der Freiheit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, die unsere gemeinsamen Werte sind. Darüber hinaus – im Sinne der so oft erwähnten, aber von den alten Mitgliedstaaten immer weniger ausgeübten Toleranz – die Anerkennung der Tatsache, dass wir uns in zahlreichen Fragen nicht einig sind, jedoch auch keinen gemeinsamen Standpunkt zu bilden haben. Das Thema legale Migration ist ein typisches Beispiel dafür.

Von 15 Menschen ist einer Bürger der Europäischen Union auf der Erde. Für eine wirksame Teilnahme am globalen wirtschaftlichen Wettbewerb, für eine erfolgreiche politische Interessendurchsetzung und für die Schaffung der Sicherheit ist eine institutionelle europäische Zusammenarbeit unvermeidlich. Diese wird heutzutage nicht durch diejenigen gefährdet, die in legitimen Wertedebatten eine abweichende Meinung äußern oder die manchmal scharfe Kritik an manchen Entscheidungen der Organe der Europäischen Gemeinschaft üben, sondern vor allem durch diejenigen, die nicht bereit sind, abweichende Meinungen zu akzeptieren.

**Dr. Franziska Brantner** MdB ist Sprecherin für Europa-politik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag.

Minister **Gergely Gulyás** ist Leiter der Staatskanzlei unter Ministerpräsident Viktor Orbán.

### Der Bergedorfer Gesprächskreis

Die vorliegenden Beiträge basieren auf den Sitzungen des 170. Bergedorfer Gesprächskreises in Budapest, der sich dem Thema »Eine gesplante Union? Kompromissfindung nach einem Jahrzehnt der Krisen« im März 2019 widmete. Seit 1961 diskutieren hochrangige internationale Politiker\*innen und Expert\*innen in kleiner und vertraulicher Runde Grundfragen deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Ziel des Gesprächskreises ist es, zur Verständigung in der internationalen Politik beizutragen. Er gründet auf der Überzeugung, dass es – vor allem in Zeiten politischer Konflikte – immer besser ist, miteinander als übereinander zu reden.

[www.koerber-stiftung.de/bergedorfer-gespraechskreis](http://www.koerber-stiftung.de/bergedorfer-gespraechskreis)

### Körper-Stiftung

Hauptstadtbüro  
Pariser Platz 4a  
10117 Berlin  
Telefon +49 · 30 · 20 62 67 - 60  
Telefax +49 · 30 · 20 62 67 - 67  
E-Mail [ip@koerber-stiftung.de](mailto:ip@koerber-stiftung.de)  
[www.koerber-stiftung.de](http://www.koerber-stiftung.de)  
Facebook [www.facebook.com/](http://www.facebook.com/KoerberStiftungInternationalAffairs)  
KoerberStiftungInternationalAffairs  
Twitter @KoerberIP

### Impressum

Herausgeber: Körper-Stiftung, Hamburg  
V.i.S.d.P.: Dr. Lothar Dittmer  
Leiterin Bereich Internationale Politik: Nora Müller  
Redaktion: Felicitas von Loë, Julia Ganter  
Gestaltung: Groothuis, Hamburg | [groothuis.de](http://groothuis.de)  
Druck: Druckerei Hans Monno, Barsbüttel

© Körper-Stiftung 2019

Die *Körper Globals* geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autor\*innen wieder.